

ZUSAMMENFASSUNGEN

Susanne Lütz

Vom Washington Consensus zum Flexiblen Keynesianismus – der Internationale Währungsfonds nach der Finanzkrise

Der Internationale Währungsfonds kehrte im Zuge der jüngsten Finanzkrise wieder zu seinem Kerngeschäft – der Bereitstellung von Liquidität zur Überbrückung von Zahlungsbilanzungleichgewichten – zurück. Die Krise scheint jedoch auch eine ideologische Zäsur zu markieren. Auf dem Londoner G20 Gipfel 2009 erklärten führende Politiker den „Washington Consensus“ für beendet und antizyklische Wirtschaftspolitik für das Gebot der Stunde. Dieser Beitrag fragt nach Anzeichen eines Paradigmenwechsels in der Krisenpolitik des IWF und nach dessen Antriebskräften. Argumentiert wird, dass sich auf der programmatischen Ebene ein Wandel hin zu einer neuen Wirtschaftsphilosophie des „flexiblen Keynesianismus“ abzeichnet und dieser sowohl von großen Mitgliedsstaaten als auch vom Fachpersonal des IWF vorangetrieben wird.

Thomas Krumm

Vetospieleler als Prädiktor für Policy-Wandel? Ein Test anhand von öffentlich-privaten Partnerschaften im internationalen Vergleich

In den letzten Jahren haben sich Formen staatlicher Leistungserbringung erheblich verändert. Ein Ansatz zur Untersuchung dieses Wandels liegt mit der Vetospieleler-Theorie vor. Dieser Artikel wendet eine empirische überprüfbare Kernannahme des Ansatzes zum Einfluss der Anzahl parteipolitischer Vetospieleler auf Regierungsebene auf das Feld öffentlich-privater Partnerschaften an. Dazu werden neben der Anzahl der Vetospieleler auch andere Variablen wie die Größe des Finanzsektors und die Höhe von Privatisierungserlösen auf ihre Erklärungskraft für die unterschiedlichen Nutzungsgrade von öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) in 14 Ländern Westeuropas getestet. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Anzahl parteipolitischer Vetospieleler ein vergleichsweise guter Indikator für die Erklärung eines Policy-Wandels hin zu intensiverer ÖPP-Nutzung ist.

Bernd Ladwig

Menschenrechte, Institutionen und moralische Arbeitsteilung

Sind die Menschenrechte allgemeine moralische Normen, oder erfüllen sie von vornherein die politische Funktion der Begrenzung staatlicher Souveränitätsansprüche? Der Artikel macht den vermittelnden Vorschlag, die Menschenrechte als Grundnormen der politischen Moral zu begreifen. Sie gehen aus allgemeinen moralischen Rechten des Menschen hervor, spielen aber die spezielle Rolle notwendiger Bedingungen politischer Legitimität. Wir sollten sie dennoch nicht mit Normen gleichsetzen, deren Verletzung souveränitätserhebliche Eingriffe in andere Staaten legitimieren könnte. Eine solche Gleichsetzung liefe auf ein allzu minimales Menschenrechtsverständnis hinaus. Der Artikel verteidigt eine anspruchsvol-

lere Konzeption der Menschenrechte, indem er Bürger- und Menschenrechte, Einzelstaaten und globale Politik, Demokratie und kollektive Selbstbestimmung unter dem Gesichtspunkt moralischer Arbeitsteilung miteinander vermittelt.

Annette Ranko

Die Muslimbruderschaft unter Mubarak – politische Inklusion, Regime-Diskurs und die selektive Mäßigung islamistischer Ideologie

Dieser Artikel untersucht, welche Faktoren – neben politischer Inklusion – die ideologische Mäßigung von politischen Parteien oder Gruppierungen befördern oder behindern können. Anhand des Falls der Muslimbruderschaft (MB) unter Mubarak analysiert die Studie den Effekt von Regime-Diskurs und politischer Inklusion auf die ideologische Entwicklung von Islamisten. Ergebnis des Artikels ist: (i) ideologische Mäßigung setzt vor allem dann ein, wenn Inklusion mit einem negativen Diskurs des Regimes gegenüber der Muslimbruderschaft zusammenfällt; (ii) der moderierende Effekt des negativen Diskurses hält auch dann an, wenn Inklusion auf ein Minimum reduziert wird; (iii) der Inhalt dieses Diskurses prägt die spezifische Form der Mäßigung, d. h. in welchen Aspekten sich die Muslimbruderschaft mäßigt und in welchen nicht.

Valentin Schröder / Philip Manow

Elektorale Koordination, legislative Kohäsion und der Aufstieg der modernen Massenpartei: Die Grenzen des Mehrheitswahlrechts im Deutschen Kaiserreich, 1890-1918

Der Wechsel von der Mehrheits- (MR) zur Verhältniswahl (PR) zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird meist mit dem Mandatsmaximierungsinteresse der Parteien erklärt. Doch dieses Ziel ließ sich auch unter der MR durch Wahlkreisbündnisse erreichen. Zudem geht die Annahme, die damaligen Parteien seien unitarische Akteure, empirisch fehl. Wir zeigen entlang umfassender Datensätze für das Wilhelminische Deutschland (1890-1918), dass gerade die mangelnde Kontrolle der Partieliten über ihre Fraktionen ihr Interesse an der PR als Disziplinierungsinstrument gegenüber ihren Parlamentariern begründet. Zudem engte der Aufstieg moderner Massenparteien und damit kohäsiver Fraktionen die gesetzgeberischen Möglichkeiten der Eliten zunehmend ein. Jedoch scheiterten PR-Einführungsversuche am Interesse der Fraktionsmitglieder an der MR, wie wir durch eine Fallstudie zur Wahlreform 1917/18 zeigen.